

Artikel 13

"Freiheit", sagt die eine. "Mehr Regeln", die andere

Nächste Woche stimmt das EU-Parlament über die Reform des Urheberrechts ab. Sie könnte das Internet massiv verändern.

Von **Marc Brost, Lisa Hegemann, Meike Laaff, Robert Pausch, Elisa Schwarz und Heinrich Wefing**

20. März 2019, 16:46 Uhr / Editiert am 21. März 2019, 15:20 Uhr / DIE ZEIT Nr. 13/2019, 21. März 2019 / 568 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 13/2019



Die EU-Abgeordnete Julia Reda (links) von der Piratenpartei will verhindern, dass Plattformen wie YouTube Inhalte filtern. Helga Trüpel (rechts), EU-Abgeordnete der Grünen, will die Tech-Giganten für Netzinhalte verantwortlich machen. © [M]: Ksenia Kuleshova für DIE ZEIT u. ZEIT Online (links); Matthias Jung für DIE ZEIT (rechts)

Deutschlands vielleicht wichtigste Informationsquelle ist heute für 24 Stunden versiegt. Wikipedia hat sich abgeschaltet [<https://www.zeit.de/digital/internet/2019-03/eu-urheberrechtsreform-wikipedia-protest-uploadfilter>]. Rund 33 Millionen Zugriffe verzeichnet die deutschsprachige Version des Online-Lexikons an einem normalen Wochentag. Sie alle werden ins Leere laufen.

Anstelle der üblichen Informationen sehen die Nutzer einen Schriftzug: "Die Autorenschaft der Wikipedia protestiert gegen Teile der geplanten EU-Urheberrechtsreform". Und: "Die Reform könnte dazu führen, dass das freie

Internet erheblich eingeschränkt wird". So steht es in einem Entwurf der Wikipedia-Administratoren.

Seit drei Jahren arbeitet die EU an der Reform [<https://www.zeit.de/digital/internet/2019-02/eu-urheberrecht-leistungsschutzrecht-uploadfilter-europaeisches-parlament>], die Wikipedia ablehnt. Die Kommission und der Europäische Rat haben zugestimmt, es fehlt nur noch das Votum des Europäischen Parlaments. Sagen die 751 Abgeordneten ebenfalls Ja, dann wird die Richtlinie geltendes Recht. Es ist die letzte Hürde. Und die letzte Chance der Kritiker, das Vorhaben zu stoppen.

Dafür soll nun die Wut der Wikipedia-Nutzerinnen und -Nutzer mobilisiert werden. Die enorme Popularität des Online-Lexikons soll die Reform endgültig unpopulär machen.

Es ist die nächste Stufe einer Auseinandersetzung, die seit einigen Wochen in die Öffentlichkeit drängt und vom Nischenthema [<https://www.zeit.de/digital/2018-07/leistungsschutzrecht-eu-urheberrechtsreform-uploadfilter>] zum zentralen Streit vor der Europawahl geworden ist. Vordergründig geht es darum, wie Kreative im Netz fair bezahlt werden können: Schriftsteller, Musiker, Videokünstler. Ein Spezialistenthema, könnte man meinen. Doch an der Reform des Urheberrechts hat sich ein Konflikt entzündet, der beispiellos ist. Er verläuft quer durch die politischen Parteien. Und er wirft nicht weniger als die Machtfrage auf: Wer bestimmt, was in Europa Recht ist? Die Großen oder die Vielen?

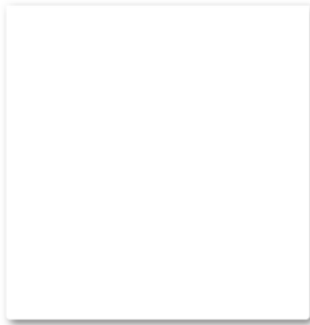
Aber wer ist groß? Und wer sind die Vielen?

Das Büro von Helga Trüpel im 5. Stock des Europaparlaments in Straßburg ist kaum größer als eine Abstellkammer. Zwei Schreibtische, ein Sofa, an der Wand ein Fernseher. Auf diesen acht Quadratmetern führt die Abgeordnete aus Bremen den Kampf um die Zukunft des Internets.

Trüpel, 60 Jahre alt, hat einst die Grünen in Bremen mitgegründet, sie war Abgeordnete in der Bürgerschaft, später Kultursenatorin. Sie will, sagt sie, dass Künstler einen fairen Anteil an den Erlösen bekommen, die andere mit ihren Werken erzielen.

Helga Trüpel ist eine der prominentesten Verfechterinnen der Reform. Zweieinhalb Jahre lang hat sie an der EU-Richtlinie gearbeitet. Im Mai scheidet sie aus dem Europaparlament aus, nach 14 Jahren. Ihr letzter Kampf, sagt sie, sei zugleich ihr größter.

Früher kämpfte Trüpel gegen Atomkraftwerke, heute kämpft sie gegen den "digitalen Kulturkapitalismus". Gegen die Macht der Internetkonzerne wie Google oder Facebook, die Regellosigkeit als Freiheit verkaufen und Ausbeutung als Selbstbestimmung. Ein Kampf, der sie in ihrer eigenen Fraktion isoliert hat.



[\[https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/13\]](https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/13)

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 13/2019. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[\[https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/13\]](https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/13)

Vergangene Woche noch ist Helga Trüpel an den Kanälen Straßburgs entlangjoggt, wie immer, wenn das Parlament in der Stadt tagt. Dann ist sie in ihr winziges Büro gekommen, hat den Rechner hochgefahren und einen Aufruf verfasst. "Manifest für ein offenes und faires Netz" steht darüber. "Ohne Zensur, aber mit Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern."

Das Netz hat drastisch verändert, wie die Bürger mit den Werken von Musikern, Autorinnen, Dokumentarfilmern umgehen. Früher musste man deren Werke kaufen, in Buchläden oder Plattenshops. Ein Teil der Einnahmen floss an Künstler, ein anderer an Verleger oder Produzenten. Geregelt war das im Urheberrecht. Es sollte Künstlern ein Auskommen

sichern.

Seit aber Millionen Menschen im Netz unterwegs sind, seit sie Filme und Musik streamen, Nachrichten online konsumieren, seit viele von ihnen fremde Werke selbst mischen und neu zusammenstellen, seither ist klar, dass das alte Urheberrecht nicht mehr passt. Es ist für bedrucktes Papier gemacht und für Schallplatten, nicht für die Datenströme im Netz. Es braucht ein Update, dringend [\[https://www.zeit.de/thema/leistungsschutzrecht\]](https://www.zeit.de/thema/leistungsschutzrecht). Darüber sind sich alle einig. Aber auch nur darüber.

Im Kern geht es um die Frage, wer haften soll, wenn im Netz Werke von Künstlern auftauchen – Popsongs, Videos, Collagen –, ohne dass die Künstler dafür Geld bekommen. Soll derjenige zahlen, der das Werk ins Netz gestellt hat? So ist es bisher geregelt. Oder sollen auch die großen Netzkonzerne in die Haftung, die jene Plattformen zur Verfügung stellen, auf denen das urheberrechtlich geschützte Material erscheint, und die damit viel Geld verdienen – YouTube zum Beispiel, eine Plattform für Videos und Musik? Bislang müssen deren Betreiber erst eingreifen, wenn sie auf einen Urheberrechtsverstoß ausdrücklich hingewiesen werden. "Providerprivileg" nennen Juristen diese Regelung.

Das Ende des Internets, wie wir es kennen?

Helga Trüpel und die Befürworter der EU-Richtlinie stellen dieses Privileg nun infrage. Denn die Kehrseite des Privilegs sind drastische Einnahmeverluste der Kreativen. Wie viel Geld genau ihnen entgeht, ist nicht leicht zu sagen. Der Musiker, Komponist und Produzent Micki Meuser hat kürzlich auf Facebook geschrieben, es gebe allein bei YouTube an die "10.000 Clips, an denen ich die

Rechte aus Komposition oder Produktion habe", für die er aber keine Lizenzgebühren bekomme. Wollte er dagegen vorgehen, müsste er jeden einzelnen YouTube-Nutzer verklagen, der seine Musik hochgeladen hat. Das soll sich nun ändern.

In Zukunft sollen sich die Plattformen selbst darum kümmern müssen, dass keine illegalen Inhalte mehr hochgeladen werden. Das steht in Artikel 13 der EU-Richtlinie. Damit bleiben den Plattformen zwei Möglichkeiten: Entweder sie schließen mit den Rechteinhabern Lizenzverträge für die Werke, die bei ihnen auftauchen. Oder sie verhindern, dass urheberrechtlich geschütztes Material hochgeladen wird. Tun sie es nicht, haften sie. "Das ist ein gutes Gesetz", sagt Helga Trüpel.

Aber das sehen längst nicht alle so. Für ihre Gegner ist Helga Trüpel das Gesicht einer freiheitsfeindlichen, hinterwäldlerischen, altersreaktionären Politik. Eine Vertreterin der analogen Welt, die sich ins Digitale verlaufen habe. Und der Artikel 13 ist für Trüpels Gegner ein Irrweg. Eine Bedrohung der Meinungsfreiheit.

Die wohl mächtigste Gegenspielerin von Helga Trüpel ist Susan Wojcicki. Die 50-jährige Kalifornierin ist die Chefin von YouTube, dem erfolgreichsten Videoportal der Welt. YouTube ist eine Tochterfirma von Google.

Ende Oktober 2018 schrieb Wojcicki eine Nachricht an alle, die bei YouTube Videos hochladen. Ihr Brief war eine einzige Attacke gegen Artikel 13. "Der Vorschlag könnte Plattformen wie YouTube dazu zwingen, nur eine kleine Anzahl von Inhalten großer Unternehmen zuzulassen", schrieb Wojcicki. "Es wäre schlichtweg zu riskant, Inhalte von kleinen Videomachern zu präsentieren, da die Plattformen nun direkt für diese Inhalte verantwortlich wären."

Was Wojcicki nicht schrieb: Dass es YouTube viel Geld kosten würde, wenn die Firma die Urheber angemessen vergüten müsste.

Heute betrachten selbst zahlreiche YouTuber und Gegner des Artikels 13 Wojcickis Brief als einen Fehler. Er sei zu einseitig gewesen, zu konfrontativ. Doch er hatte Erfolg.

Kurze Zeit später erschien auf YouTube ein Video des Kanals "Wissenswert" mit dem Titel "Warum es Youtube nächstes Jahr nicht mehr gibt" [<https://www.youtube.com/watch?v=3XsBRlxxwCY>]. Es wurde über vier Millionen Mal geklickt und häufig zitiert. Der YouTube-Star LeFloid, der schon einmal Angela Merkel interviewen durfte und drei Millionen Abonnenten hat, erklärte, er könne seinen Newskanal nicht mehr betreiben, wenn Artikel 13 komme. Die YouTuberin Rebekah Wing (1,6 Millionen Abonnenten) schrieb: "Was auch immer ihr auf Youtube schaut – den kranksten Scheiß oder das hilfreichste Zeug, das werdet ihr auf Youtube einfach nicht mehr finden."

Etwa 400 Stunden Videomaterial landen jede Minute auf YouTube. Angesichts dieser Masse, sagen die Gegner der geplanten EU-Richtlinie, lasse sich das Material nur mittels Technik prüfen, mit sogenannten Uploadfiltern [<https://www.zeit.de/2019/10/urheberrechtsreform-eu-upload-filter-leistungsschutzrecht-digitalisierung-regierung>]. Uploadfilter sind, kurz gesagt, Programme, die alles, was die Nutzer hochladen, auf Urheberrechts-Verstöße scannen. Und alles Illegale blockieren. Solche Programme, so geht die Argumentation weiter, seien extrem aufwendig, nur die großen Tech-Konzerne könnten sie entwickeln, und selbst die besten Filter seien fehleranfällig. Ironie, Witz, Verfremdungen – all das, was YouTube ausmache, sei den Filtern fremd.

"Wenn die Reform durchkommt, dann wird das Internet wie Kabelfernsehen", sagt Julia Reda. Das Spontane, Kreative, Unmittelbare würde blockiert. Für Reda wäre es das Ende des Internets, wie wir es kennen. Auch Julia Reda ist Europa-Abgeordnete, wie Helga Trüpel, auch Reda sitzt in der Fraktion der Grünen, wie Trüpel. Aber die beiden Frauen könnten politisch unterschiedlicher kaum sein. Sie markieren die beiden Pole in der Debatte um die Urheberrechtsreform. Reda ist eine der prominentesten Kritikerinnen, 33 Jahre alt, 70.000 Follower auf Twitter, eine Aktivistin der Netzbewegung.

Als Reda vor fünf Jahren ins Europaparlament einzog, war der kurze Sommer der Piratenpartei schon vorbei, nur etwas mehr als ein Prozent holten sie bei der Europawahl. Das aber reichte für einen Sitz. Und damit für Julia Reda.

Reda trennen von Trüpel nicht nur zweieinhalb Jahrzehnte. Wenn man mit Julia Reda spricht, versteht man schnell, dass ihr Blick auf das Netz und damit auf die Welt ein völlig anderer ist. "Heute kann jeder im Netz aktiv sein, auch alle, die keine besonderen technischen Kenntnisse haben", sagt sie. Wenn die Reform komme, dann werde das Internet der Amateure zu einem Internet der Profis: Großverlage, bekannte YouTuber, TV-Sender.

Irgendwann landete die Debatte an den Abendbrottischen überall in Deutschland

Mehr und mehr Organisationen und Institutionen haben sich dem Protest gegen die geplante Richtlinie inzwischen angeschlossen. Die "Gesellschaft für Informatik" etwa, ebenso der Deutsche Bibliotheksverband. Datenschützer warnen vor den möglichen Folgen der Reform und einem weiteren Machtzuwachs der Netz-Konzerne. Auch Ulrich Kelber (SPD), der Bundesdatenschutzbeauftragte, argumentiert so. Das ist kurios, denn Kelber war bis März 2018 noch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium – jenem Ressort, das die Verhandlungen über die Urheberrechtsreform für Deutschland geführt hat.

Die Einwände der Befürworter verhallen

Von YouTube sprang die Protestwelle rasch über auf Instagram, Twitter und Facebook. Sie verbreitete sich über Kettenbriefe via WhatsApp. Irgendwann landete die Debatte an den Abendbrottischen überall in Deutschland.

Aufgebrachte Teenager trafen auf ratlose Eltern, sahen ihre digitale Welt bedroht. Wirklich keine Videos mehr, die bei den Hausaufgaben helfen? Keine Parodien, Schminktipps oder Kochtutorials?

Zusätzlich aufgeheizt wurde das Ganze durch die Fehler der Reformbefürworter. Die EU-Kommission beschimpfte die ersten Protestler als "Mob". Das EU-Parlament veröffentlichte ein Video, das ausschließlich Argumente der Reformbefürworter präsentierte. Und der CDU-Europapolitiker Sven Schulze bezeichnete die zahlreichen Protestmails gegen Artikel 13 als "fake Aktion", die nicht von Menschen, sondern von Maschinen komme, die auch als Bots bezeichnet werden. Seitdem haben die Reformgegner einen ironischen Schlachtruf: "Wir sind die Bots!"

Und sie gehen auf die Straße. In vielen Städten in Deutschland. So wie am vergangenen Sonntag in Bremen. Die Organisation Savetheinternet.info hat zur Demo gegen Artikel 13 aufgerufen, circa 3500 Menschen sind gekommen, Viele tragen Pappschilder, Transparente und Slogans wie "Ich kann übrigens wählen" oder "These bots are made for walking."

Einer der Demonstranten ist Leonidas Nedos, 19 Jahre, aus Wilhelmshaven. Es ist seine erste Demo überhaupt, auf seinem Transparent stehen die Hashtags [#StopptArt13](#) und [#saveyourinternet](#). Im vergangenen Jahr sah Nedos das Protestvideo des YouTubers Julien Bam, der in einem Song davon singt, dass "die Chance besteht, dass jeder Content gnadenlos geblockt wird, ohne volle Lizenzen dein kreatives Ich gestoppt wird." Nedos unterschrieb eine Online-Petition. Und er beschloss, auf die Straße zu gehen, um das Internet zu retten.

Wer aber fördert die Proteste im Netz und auf der Straße? Wer organisiert, wer unterstützt sie?

Nach Recherchen der FAZ wurde prominenten YouTubern Geld dafür geboten [<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/youtube-macht-stimmung-gegen-ein-neues-eu-gesetz-15884543.html>], über ihre Kanäle Stimmung gegen Artikel 13 zu machen; ungewiss ist, von wem. Ebenfalls nach Berichten der FAZ hat die Organisation Edri [<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/youtubern-wird-geld-fuer-urheberrechts-protest-geboden-16091413.html>], ein Bündnis mehrerer netzpolitischer NGOs, jüngst angeboten, die Reise- und Hotelkosten von Personen zu übernehmen, die in persönlichen Gesprächen auf die Abgeordneten des Europaparlaments einwirken wollen.

Dominik Kis vom Protestbündnis Savetheinternet.info

[<https://savetheinternet.info/>] bestätigt im Gespräch mit der ZEIT, dass es Versuche gegeben habe, Einfluss auf seine Kampagne zu nehmen. "Google hat öfter versucht, uns Sachen zuzuspielen", sagt er am Rande der Demonstration in Bremen. Sachen wie: Sollen wir YouTuber für euch anschreiben? Braucht ihr irgendwas? Geld habe Google allerdings nie geboten. Und seine Gruppe habe alle Hilfsangebote abgelehnt, "weil wir unsere ganze Kampagne damit gegen die Wand fahren würden. Wir sind ein komplett unabhängiges Bündnis."

Im Unterschied zu #Saveyourinternet, wo die Kampagne gegen die Reform des Urheberrechts begann. Auf der Webseite gibt es kein Impressum, trotz Impressumspflicht. Eine sogenannte Domainabfrage kann jedoch Hinweise auf die Urheber einer Netzadresse ergeben. Im Sommer 2018 wurde auf diese Weise das Kürzel C4C ermittelt: Das ist ein Lobby-Konglomerat mit 44 Mitgliedern, darunter die US-Industrievereinigung Computer and Communications Industry Association. Und zu deren Mitgliedern wiederum gehören unter anderem Google, Amazon und Facebook. Mittlerweile ist der Name C4C mit dieser Methode nicht mehr zu finden – die Webseite ist umgezogen, und zwar auf gandi.net, eine Seite, die Netzadressen für Webseiten verleiht und verschleiert, wer diese beantragt hat.

Die Aktivitäten von #Safeyourinternet sind vielfältig. Über diese Webseite werden die maschinell vorgefertigten Briefe organisiert, mit denen die EU-Parlamentarier seit Sommer 2018 bombardiert werden. "Schreibe deinen Abgeordneten einen altmodischen Brief!", heißt es, den fertigen Brief kann man runterladen. Es scheint auch eine Verbindung zwischen safeyourinternet.eu und den täglichen Telefonanrufen zu existieren, die fast alle EU-Parlamentarier derzeit bekommen. Bis zu zwanzig Anrufe erhalte er jeden Tag, sagt der SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein, fast alles junge Männer, und immer hätten sie das gleiche Anliegen: Er möge bitte gegen Artikel 13 stimmen, gegen die Uploadfilter, gegen das Ende des Internets. "Beeindruckend" sei das, sagt Fleckenstein. So etwas habe er noch nicht erlebt.

Die meisten Anrufer kommen über die Plattform pledge2019.eu, eine Seite, über die man kostenlos alle EU-Parlamentarier anrufen kann, die sich noch nicht gegen Artikel 13 ausgesprochen haben. Die Seite Pledge2019 wird von der österreichischen Organisation [Epicenter.works](https://epicenter.works) betrieben. Das sei eine unabhängige Kampagne, sagt deren Sprecher Bernhard Hayden. Zu den Förderern von Pledge2019 gehört allerdings auch Edri – jene NGO, die Reisekosten mancher Demonstranten übernimmt. Epicenter.works erhielt im vergangenen Jahr 21.600 Euro von der Non-Profit-Organisation Mozilla, die wiederum vor allem von Google finanziert wird. So steht es im Transparenzbericht der Organisation.

Gegen dieses Trommelfeuer, gegen die Schlagworte von der bedrohten

Meinungsfreiheit und den "Zensurmaschinen", kommen die Argumente der Befürworter des Artikels 13 immer schwerer an. Ihre Einwände verhallen. Etwa der Hinweis, dass Uploadfilter in Artikel 13 gar nicht vorgeschrieben werden. Oder der Hinweis, dass Uploadfilter sofort überflüssig würden, wenn die Netzkonzerne sich mit den Urhebern und deren Verwertungsgesellschaften auf Lizenzverträge einigen würden. Und vor allem der Hinweis, dass Uploadfilter längst eingesetzt werden, auch von YouTube. Das Unternehmen hat ein System namens Content-ID entwickelt, das genau das macht, wogegen sich YouTube gerade wehrt: Es helfe Urheberrechtsinhabern, heißt es auf der Support-Seite von Google, der Konzernmutter von YouTube, "ihre Inhalte auf YouTube im Handumdrehen zu identifizieren und zu verwalten".

Bezweifelt wird auch das Argument, nur Tech-Riesen könnten anspruchsvolle Uploadfilter konstruieren. Die Digital-Unternehmerin und Bestsellerautorin Yvonne Hofstetter, etwa bestreitet das. Dem Mythos, dass nur Big Tech KI beherrsche, müsse endlich Einhalt geboten werden, sagt sie.

Die Konzerne hoffen, dass die Empörung im Netz ihren Weg in die Parlamente findet

Aber es gelingt nicht. In Helga Trüpel's Büro haben sie eine Tabelle ausgedruckt. Darauf stehen die Namen der Europaparlamentarier, die gegen Artikel 13 sind. Auch einige Abgeordnete stehen darauf, die Trüpel eigentlich auf ihrer Seite wählte. "Umgefallen" seien die, sagt sie. Die Liste der Gegner hat 102 Namen. Und die Befürworter? "Bis jetzt sechs", sagt Trüpel. "Aber wir haben ja auch gerade erst angefangen." Sie druckt einen Stapel mit Kopien ihres Aufrufs aus und steckt sie in die Handtasche. Dann macht sie sich auf den Weg ins Plenum.

"Es geht jetzt um alles oder nichts"

Natürlich versuchen nicht nur die Digitalkonzerne, auf den Prozess der EU-Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Wie eine Analyse der NGO Corporate Europe ergab, waren es vor allem die Verlage, Musiklabels und Verwertungsgesellschaften, die direkten Kontakt zu den Europaabgeordneten suchten, um sich für die Reform einzusetzen. Die Unternehmen nutzen Verbindungen in die Politik, die jahrelang gewachsen sind. Auch sie versuchen, die Stimmung zu ihren Gunsten zu drehen. Verlage wie Axel Springer, Bertelsmann, Burda haben Interessen und finden bei EU-Parlamentariern durchaus Gehör. Die Digitalkonzerne dagegen setzen darauf, dass die Empörung im Netz ihren Weg in die Parlamente findet.

Das Muster ist nicht neu. Es hat schon mehrfach funktioniert. Als Ursula von der Leyen, damals noch Familienministerin, 2009 zum Kampf gegen Kinderpornografie im Internet aufrief, wurde sie als "Zensursula" niedergemacht.

Ihr Vorschlag, Seiten mit Kinderpornografie zu sperren, wurde als Versuch diffamiert, im Netz eine "Zensur-Infrastruktur" aufzubauen. Der Begriff taucht heute wieder auf. Von der Leyens Vorhaben scheiterte.

Auch gegen das internationale Anti-Piraterie-Abkommen Acta [<https://www.zeit.de/digital/internet/2012-01/interview-markus-beckedahl-acta-sopa>] erhob sich ein paar Jahre später Protest, zuerst im Netz, dann auf der Straße. Auch damals ging es um ein Urheberrecht für das digitale Zeitalter, auch damals hieß es, die Freiheit im Netz sei bedroht. Angesichts der Proteste zog die damalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens ihre Zustimmung zurück. Acta scheiterte. Die Lektion: Jeder Versuch, das Netz zu regulieren, ist politisch riskant.

Das erlebte auch Heiko Maas, damals Justizminister, heute Außenminister. Er legte sich im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz [<https://www.zeit.de/2017/23/facebook-heiko-maas-netz-gesetz-hasskommentare-soziale-medien>] mit den großen Plattformen an, mit Facebook und Twitter vor allem. Mit seinem "Netzwerkdurchsetzungs-Gesetz" (Netz-DG) wollte Maas die Konzerne zwingen, mehr gegen Gewaltverherrlichung und rechte Propaganda zu unternehmen. Wieder hieß es, da solle eine "Zensur-Infrastruktur" aufgebaut werden, es drohe ein "*overblocking*", ein Übermaß an Löschungen durch die Konzerne. Und die Plattformen klagten, die vom Gesetz vorgeschriebenen Regeln seien völlig unrealistisch, der Aufwand gigantisch, die drohende Fehlerquote unverantwortbar. Genau wie heute.

Maas wurde verlacht und diffamiert. Im Herbst 2017 trat das Netz-DG dennoch in Kraft. Ob es sein Ziel erreicht hat [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-03/netzdg-netzwerkdurchsetzungsgesetz-jahresbericht-eco-beschwerdestelle>], die Plattformen zu zivilisieren, ist umstritten. Ganz sicher aber hat es nicht zum befürchteten "*overblocking*" geführt, die Meinungsfreiheit in Deutschland ist intakt.

Wie der Kampf um die Urheberrechtsreform ausgeht, ist offen. Welche Erzählung wird mehr Gehör finden? Die von Julia Reda, die Erzählung von der drohenden Zensur? Oder die Erzählung von Helga Trüpel, die Erzählung von den Regeln, die durchgesetzt werden müssen?

Niemand in Straßburg wagt eine Prognose, wie das Parlament am Ende abstimmen wird. Niemand kann abschätzen, was die spektakuläre Aktion von Wikipedia bewirkt. Für den 23. März, drei Tage vor der Abstimmung, sind überall in Deutschland Demonstrationen angesagt.

In Berlin ist der Druck bereits voll angekommen. Wenn wenige Monate vor der Wahl zum EU-Parlament auf einmal Tausende gegen eine geplante EU-Richtlinie protestieren, dann macht das etwas mit der Regierungskoalition – und mit ihren

Politikern. "Es wäre ein Denkfehler, zu glauben, dass dieses Thema nur junge Leute interessiert", sagt ein hochrangiger Koalitionär. "Wenn es um Schlagworte wie Meinungsfreiheit oder Zensur geht, dann regt das alle auf, gerade auch die Älteren."

Eigentlich hatten CDU/CSU und SPD die Uploadfilter im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Dann aber stimmte die Regierung in Brüssel für die Reform des Urheberrechts [<https://www.zeit.de/digital/2019-03/eu-urheberrechtsreform-uploadfilter-leistungsschutzrecht-grosse-koalition>] und damit indirekt auch für die Filter. Nun sucht man hektisch nach Kompromissen. Die CDU hat vorgeschlagen, Uploadfilter auf nationaler Ebene auszuschließen [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-03/eu-urheberrechtsreform-verzicht-deutschland-urheberrechtsreform-cdu>]. Das Problem ist nur: Wieso sollten die EU-Parlamentarier der CDU bei der Abstimmung im Europaparlament für die geplante Reform votieren, wenn Deutschland das Ganze hinterher sowieso anders umsetzen will?

Vergangene Woche in Straßburg. In einem Café hinter dem Plenarsaal im Europaparlament hat sich Helga Trüpel mit Vertretern unabhängiger Musiklabels zurückgezogen, Stühle werden zusammengerückt. "Dienstagsmorgen vor der Fraktionssitzung müssen wir unser Papier veröffentlichen", sagt sie. Trüpel hat ihre Stimme gedämpft, schielt zu einem Tisch weiter rechts. Die Gegenseite sitzt hier im Straßburger Parlament meist irgendwo um die Ecke.

"Was können wir tun?", fragt einer der Musik-Lobbyisten, ein Mann um die 30, auf Englisch mit französischem Akzent. "Wir werden dafür attackiert, dass nur große Künstler die Reform unterstützen, Paul McCartney, Ed Sheeran", sagt Trüpel. "Wir brauchen auch die Kleinen." Im Kampf um die Symbole und Unterstützer sind die Großen plötzlich klein und die Kleinen groß. Die einen gelten als etabliert, die anderen als authentisch. Und plötzlich ist Paul McCartney ein Zwerg gegen LeFloid.

Es gehe jetzt um alles oder nichts, sagt Helga Trüpel. Sie rafft ihre Unterlagen zusammen. Bis zur Abstimmung sind es noch wenige Tage.